

Bausteine für die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020

In Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union heißt es, dass die Union eine Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und zur Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen verfolgt. Mit der Kohäsionspolitik der EU sollen diese Ziele erreicht werden. Bei der Plenartagung im Juni wird über einen Initiativbericht über die Bausteine für die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020 abgestimmt. In dem Bericht wird ein Überblick über die Prioritäten für die künftige Kohäsionspolitik gegeben.

Hintergrund

Derzeit laufen die Gespräche über die künftigen Prioritäten der Kohäsionspolitik sowie über den aktuellen und den für die Zeit nach 2020 vorgesehenen mehrjährigen Finanzrahmen ([MFR](#)). Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU kann spürbare Auswirkungen auf den Haushalt der EU und damit auf die für die Kohäsionspolitik zur Verfügung gestellten Mittel haben. In dem von der Kommission im März 2017 vorgestellten [Weißbuch zur Zukunft Europas](#) werden mehrere Szenarien für die weitere Entwicklung der EU skizziert; einige davon können negative Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020 haben. Darüber hinaus stellen Mitgliedstaaten, die Nettozahler zum EU-Haushalt sind, die derzeitige Funktionsweise und den Wert der Kohäsionspolitik infrage und drängen darauf, dass Haushaltsmittel anderen Politikbereichen zugewiesen werden.

Zukunft der Kohäsionspolitik

Bei einigen der Punkte, die im Rahmen der Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik behandelt werden, geht es um Änderungen an den technischen Verfahren der Kohäsionspolitik (z. B. Umgestaltung der Verwaltungsverfahren, Vereinfachung); andere Punkte sind hingegen eher politischer Natur und könnten zu intensiven Debatten führen. So können beispielsweise neue politische Prioritäten mehr Flexibilität für die Finanzierung in Notfällen (z. B. Bewältigung der Zuwanderung) erfordern, was dazu führen kann, dass Mittelübertragungen aus den für die Finanzierung der Kohäsionspolitik wichtigsten Fonds – den europäischen Struktur- und Investitionsfonds ([ESI-Fonds](#)) – vorgenommen werden. Eine mögliche Kürzung oder Neuzuweisung von Mitteln durch Wiedereinstellung oder eine Neuausrichtung der Prioritäten bei den politischen Zielen kann dazu führen, dass die Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten, die Nettozahler sind, und denjenigen, die Nettoempfänger sind, erneut auflebt. Ferner kann es dadurch, dass der Europäische Fonds für strategische Investitionen ([EFSI](#)) eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission ist, zu Konflikten im Hinblick auf das Verhältnis zwischen dem EFSI und den ESI-Fonds kommen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 18. Mai 2017 hat der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) einen [Initiativbericht](#) über Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 angenommen. In dem Bericht werden alle Szenarien abgelehnt, die darauf hinauslaufen, die Bemühungen der EU auf dem Gebiet der Kohäsionspolitik zurückzufahren, und es wird gefordert, dass der Anteil der diesem Politikbereich zugewiesenen Haushaltsmittel auch künftig auf einem angemessenen Niveau liegt oder sogar erhöht wird. Ferner wird in dem Bericht betont, wie wichtig die Einbeziehung von Partnern auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Einklang mit dem in der [Grundverordnung](#) genannten Partnerschaftsprinzip ist. Außerdem wird gefordert, die Mittel für die [Europäische territoriale Zusammenarbeit](#) zu erhöhen. Die Kommission wird in dem Bericht



aufgefordert, Vorschläge dahingehend vorzulegen, wie bei der Ausführung des EU-Haushalts mehr Flexibilität erreicht werden kann, und die Schaffung einer Reserve für die Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse wird als interessante Option gewertet. Auch wird betont, dass es eine ausgewogene Verknüpfung zwischen der Kohäsionspolitik und den Verfahren der wirtschaftspolitischen Steuerung im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) geben muss. Ferner wird die Kommission in dem Bericht aufgefordert, Maßnahmen zur Vereinfachung zu ergreifen, und es wird vorgeschlagen, die ESI-Fonds besser zu nutzen, um den demografischen Wandel zu bewältigen. Es wird die Auffassung vertreten, dass auch in Zukunft Zuschüsse die Grundlage für die Finanzierung der Kohäsionspolitik bilden sollten, obgleich auch Finanzinstrumente genutzt werden könnten, falls sie einen positiven Beitrag leisten. Zudem wird betont, dass mit dem EFSI die Kohäsionspolitik nicht untergraben werden sollte. In dem Bericht wird ferner auf die Bedeutung von Technologie, Innovation, intelligenter Spezialisierung und Stadt-Land-Verknüpfungen hingewiesen, und es wird betont, wie wichtig die Kohäsionspolitik bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung einer umweltverträglichen Wirtschaft ist. Es wird hervorgehoben, dass der Steuerung der Fonds im Hinblick auf Wachstum, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Digitalen Agenda höchste Priorität eingeräumt werden sollte, und es wird eine frühzeitige Vorbereitung der Kohäsionspolitik gefordert. Schließlich wird auch darauf hingewiesen, wie wichtig die Kohäsionspolitik für die Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung ist.

Initiativbericht: [2016/2326\(INI\)](#). Federführender Ausschuss: REGI; Berichterstatte(r)in: Kerstin Westphal, S&D, Deutschland.